Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

245 (19.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 245 | **Mittwoch, den 19. Oktober 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die deutsche Kontingentierungsdelegation ist in Paris eingetroffen. Die Besprechungen beginnen am Mittwoch.

*

Der sächsische Landtag hat den nationalsozialistischen Antrag auf Landtagsauflösung abgelehnt.

*

Der Reichskanzler ist vor den preußischen Untersuchungsausschuß als Zeuge in dem Fall Klepper geladen worden.

*

Man erwartet für die nächsten Tage einen neuen Schritt Macdonalds in der Vorkonferenz zur Abrüstung.

*

Henderson will von der Führung der britischen Arbeiterpartei zurücktreten.

*

Am heutigen Mittwoch wird die Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Ergänzung von Sozialleistungen veröffentlicht, die u. a. eine Erhöhung der Sätze der Arbeitslosenversicherung, zusätzliche Leistungen in der Kranken- und Angestelltenversicherung und Wiedereinführung des Zuschlags von 7½ v. H. in der Unfallversicherung vorsieht.

*

Als Ergebnis einer Besprechung von Vertretern der interessierten Fachkreise im preußischen Innenministerium ist eine Milderung der Verordnung für die Badekleidung erzielt worden.

*

Im ganzen norddeutschen Küstengebiet und über der Nordsee herrschte am Dienstag ein heftiger Sturm, so daß zahlreiche Dampfer ihre Ausreise verschieben mußten. Auch über Berlin wütete ein starker Nordwest, der in den späten Abendstunden Sturmesstärke erreichte. In Nötha bei Leipzig stürzte infolge des Sturms eine Kirche ein.

Vor einer Notverordnung der Reichsregierung zur Bekämpfung des Kraftwagendiebstahls

Eine Rede des Reichsjustizministers Gürtner.

T.U. **Berlin,** 18. Okt. Vor der Vereinigung kraftfahrender Journalisten machte am Dienstag abend Reichsjustizminister Dr. Gürtner wichtige Mitteilungen über Maßnahmen der Reichsregierung zur verschärften Bekämpfung des Kraftwagendiebstahls. Der Minister begann damit, daß man bisher noch keine besonderes Gesetz oder eine Verordnung zur Bekämpfung des Kraftwagendiebstahls erlassen habe; daran sei die Erwägung schuld gewesen, daß das jetzige schon vor Menschenaltern bestehende Strafgesetzbuch reformbedürftig sei und daß man die Absicht habe, dem deutschen Volke überhaupt ein neues Strafgesetz zu geben. Aus der Erkenntnis heraus, dies abzuwarten, habe man bisher eine besondere Gesetzesbestimmung zur Bekämpfung des Autodiebstahls unterlassen. Da dies aber jetzt noch einige Zeit dauern würde, habe das Reichsjustizministerium jetzt dem Reichskabinett den Vorschlag gemacht, eine Notverordnung zu erlassen, um Strafbestimmung zu schaffen, durch die die Gerichte in die Lage versetzt werden sollen, das Problem der Bekämpfung des Autodiebstahls befriedigend zu lösen. Der Erlaß dieses Strafgesetzes als Notverordnung sei als ein dauernder gedacht. Das Reichskabinett habe die Vorlage bereits bewilligt; es fehle lediglich die Unterschrift des Reichspräsidenten, um sie zu veröffentlichen.

Während bisher nur die Entwendung eines Fahrzeuges strafbar war, soll nunmehr auch das Ingebrauchnehmen, also das unberechtigte Fahren mit einem Fahrzeuge, unter das Strafgesetz fallen. Da der Versuch bereits strafbar sein wird, wird sich bereits derjenige mit dem Strafgesetz in Konflikt bringen, der unrechtmäßigerweise den Motor eines Autos ankurbelt oder die Tür öffnet. Unter das Gesetz sollen Kraftwagen, Motorräder, Wasserfahrzeuge und auch die übrigen Fahrräder fallen, da den Besitzer eines Fahrrades der Verlust des Rades oft schwerer trifft als den Autobesitzer der Verlust des Autos. Die Notverordnung sieht für dieses Delikt eine Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren vor.

Der Minister wies darauf hin, daß die Notverordnung keinen politischen Charakter trage und wohl deshalb kein Parlament die Aufhebung dieser Notverordnung verlangen würde.

Reichsbankausweis vom 15. Oktober

Berlin, 18. Okt. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Oktober 1932 hat sich in der verflossenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 179,6 Millionen auf 3232,1 Millionen RM. verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 98,3 Millionen RM in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 0,8 Millionen auf 932,0 Millionen RM. erhöht. In einzelnen haben die Goldbestände um 0,4 Millionen auf 796,8 Millionen RM und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 0,4 Millionen auf 135,2 Millionen RM zugenommen. Die **Deckung der Noten** durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 15. Oktober 26,5 Prozent gegen 25,7 Prozent am Ende der Vorwoche.

Neuer Schritt Macdonalds?

London, 18. Okt. Der politische Korrespondent der „Morningpost" schreibt: Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das Abrüstungsproblem jetzt entschiedener in den Vordergrund rücken. Es verlautet, daß Macdonald in der nächsten Kabinettssitzung einen neuen Vorschlag zur Behandlung der durch den Fehlschlag seiner Londoner Besprechung mit Herriot eingetretenen Lage in großen Zügen unterbreiten wird. Wahrscheinlich wird die neue, von Macdonald in Aussicht genommene Methode den Gegenstand der Erklärung bilden, die er am Schluß seiner gestrigen Rede in Aussicht gestellt hat. „News Chronicle" zufolge wird Macdonald übermorgen eine Abordnung von kirchlichen Führern empfangen und Erklärungen über die Abrüstungsfrage entgegennehmen.

*

Simon über die Viermächte-Konferenz

London, 18. Okt. Das Unterhaus hat seine erste Sitzung nach den Sommerferien abgehalten. Die Hauptaufgabe der neuen Tagung ist die Stellungnahme zu den Abkommen von **Ottawa.** In Beantwortung einer Anfrage über die **Viermächte-Konferenz** erklärte Sir John Simon, es sei **bisher unmöglich gewesen, sich über den Konferenzort zu einigen;** die britische Regierung erwäge jedoch einen neuen Schritt, um eine Einigung hierüber herbeizuführen. Außerdem gab Thomas die **Kündigung des Handelsvertrages mit Rußland** bekannt.

Pressestimmen zur neuen englischen Einladung und die Erklärungen Macdonalds.

Die meisten Zeitungen erörtern die Bedeutung der Rede Macdonalds. Die **„DAZ."** glaubt annehmen zu dürfen, daß bei dieser Unterredung auch noch andere als die offiziell zugegebenen Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben, vielleicht sogar der Gedanke eines direkten deutsch-englischen Meinungsaustausches, ferner die Frage eines Ersatzortes der Konferenz. Die **„Börsenzeitung"** hält die Rede Macdonalds für um so bemerkenswerter, als sie die Tragweite des in London erzielten englisch-französischen Kompromisses erkennen lasse. Es wäre schlecht um England bestellt, wenn sein Ministerpräsident nicht fähig wäre, die „Distanz der deutschen Gründe" zu entdecken. O nein, hier hapere es nicht an politischem Verstand, sondern an gutem Willen. Die **„Vossische Zeitung"** meint, daß der erneute Schritt der englischen Regierung im Zusammenhang mit der bedeutsamen Rede stehe, die der englische Ministerpräsident Macdonald in London bei einem Frühstück gehalten habe. In dieser Rede wende sich Macdonald noch einmal mit sehr ernstem Nachdruck an Deutschland im Sinne eines letzten Vermittlungsversuches. Offenbar verspreche sich der englische Premierminister einen Erfolg, wenn eine entgegenkommende Haltung der deutschen Außenpolitik Frankreich das Beharren auf Genf als Konferenzort erschweren würde. Der **„Tag"** bezeichnet die Ausführungen Macdonalds als in doppelter Hinsicht beachtenswert, einmal weil Macdonald ausdrücklich den Standpunkt vertrete, die deutsche Gleichberechtigung dürfe nur moralisch anerkannt werden, also keine Verbesserung der deutschen Landesverteidigung nach sich ziehen und zum anderen bleibe auch er entsprechend den französischen Wünschen bei Genf.

*

Der englische Botschafter bei Herriot.

T.U. **Paris,** 18. Okt. Ministerpräsident Herriot hatte am Dienstag mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell eine längere Aussprache über die beabsichtigte Viererkonferenz und die weitere Ablehnung von Genf als Tagungsort durch Deutschland.

Weitere englische Schritte zur Herbeiführung der Viermächtekonferenz angekündigt.

T.U. **London,** 18. Okt. Der englische Außenminister Sir John Simon bestätigte im Unterhaus, daß der englische Vorschlag für die Abhaltung einer Viermächtekonferenz grundsätzlich von den drei anderen Mächten angenommen worden sei. Es habe sich jedoch bis jetzt als unmöglich erwiesen, einen Zusammenkunftsort für diese Konferenz festzulegen. Die englische Regierung erwäge jedoch, welche weiteren Schritte zu tun seien, um die Einigung in dieser Frage zu erreichen.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident zurückgetreten

T.U. **Prag,** 18. Okt. Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Udrzal ist nun zur Tatsache geworden. Die politischen Empfänge beim Staatspräsidenten Masaryk wurden abgesagt. Der Präsident der Republik begibt sich am Mittwoch nach Prag, um die Neubildung der Regierung in Angriff zu nehmen. Aus Ersparnisgründen werden zwei Ministerien aufgelöst werden.

Ueber die Lösung der neuen politischen Lage wird der derzeitige Präsident des Abgeordnetenhauses, der tschechische Agrarier Abg. Malypetr verhandeln, der als Ministerpräsident ausersehen ist.

Rücktritt des belgischen Kabinetts

T.U. **Brüssel,** 18. Okt. Das gesamte belgische Kabinett ist soeben im Anschluß an einen Ministerrat zurückgetreten, da sich der Ministerpräsident weigerte, die Auflösung von Kammer und Senat durchzuführen. Man rechnet mit einem Geschäftsministerium, das die einzige Aufgabe hat, Kammer und Senat sofort aufzulösen. Der König soll sich in diesem Sinne ausgesprochen haben.

Es handelt sich hier nicht um eine gewöhnliche Parlamentskrise, sondern um eine Krise des Regimes.

Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften

Berlin, 18. Okt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund veranstalteten eine öffentliche Kundgebung, in der das Thema „Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften" zur Debatte stand. Abg. Leipart erklärte einleitend, die vordringlichste Aufgabe sei zur Zeit eine wirkungsvolle Verminderung der Arbeitslosigkeit. Von der Art und Weise, wie die Reichsregierung diese Arbeit durchführe, werde die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Regierung abhängen. Das Hauptreferat hielt Reichstagsabg. Tarnow. Die Gewerkschaften würden sich keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der sie hoffen könnten, daß sie den Arbeitslosen helfe. Aber leidenschaftlich müßten sie gegen den Teil des Planes protestieren, der mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und in ihre sozialen Rechte eingreife. Die Gewerkschaften hätten seit Jahren die gesetzliche 40-Stunden-Woche gefordert und den Arbeitern auch zugemutet, im Interesse der Arbeitslosen nötigenfalls auch ohne Lohnausgleich dieses Solidaritätsopfer auf sich zu nehmen. Wenn nun aber die Verordnung zu den 16 Prozent Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 Prozent Lohnsenkung hinzufüge, dann allerdings gehe das weit über das erträgliche Maß hinaus.

Ueber den Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechtes und des Tarifrechtes sprach dann der Leiter der Arbeitsrechtsabteilung, Körpel. Zum Schluß der Kundgebung wurde eine Entschließung angenommen, in der von der Reichsregierung die Aufhebung der Verordnungen vom 5. September und 8. Oktober gefordert wird. Darüber hinaus wird weiter gefordert die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer neuen Organisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Klepper als Zeuge

Der Fall „Kölnische Volkszeitung"

Berlin, 18. Okt. Im Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages begann am Dienstag die Zeugenvernehmung zum Untersuchungskomplex „Kölnische Volkszeitung". Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft wohnte der Sitzung bei, während die Regierung selbst nicht vertreten war. Vor der Beweisaufnahme gab es eine teilweise erregte Geschäftsordnungsdebatte. Vertreter der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Sozialdemokraten wandten sich dagegen, daß der Vorsitzende die Akten über den Reichskommissar der Staatsanwaltschaft zugeleitet habe, obwohl der Reichskommissar mit der Angelegenheit nicht das geringste zu tun habe. Ein Vorschlag des Abgeordneten Steuer (Dntl.), die zu vernehmenden Zeugen im voraus zu vereidigen, fand beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten lebhaften Widerspruch. Als erster Zeuge wurde der frühere Finanzminister Dr. Klepper in den Saal gerufen. Dr. Klepper erklärte, daß er es ablehnen müsse, auf Fragen des Berichterstatters, Abg. Steuer, zu antworten, da Steuer in der Oeffentlichkeit bereits über den Zeugen ein Urteil abgegeben habe, das er als beleidigend empfinde. Die Aussagen Kleppers hielten sich im wesentlichen im Rahmen der bereits von ihm der Oeffentlichkeit übergebenen Erklärungen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß die Geldhergabe für die „Kölnische Volkszeitung" doch nicht zu den statutenmäßigen Geschäften der Preußenkasse gehörte, erwiderte Klepper, es sei ständige Praxis gewesen, daß solche Geschäfte, die nur mittelbar mit den Zwecken der Preußenkasse zusammenhingen, aber im Interesse des Staates durchgeführt werden sollen, dann durchgeführt werden können, wenn es mit Zustimmung der Staatsregierung geschehe. Solche Geschäfte seien sowohl in der Vorkriegszeit wie auch nach dem Kriege durchgeführt worden.

*

Reichskanzler von Papen soll vor dem Klepper-Ausschuß erscheinen

Berlin, 18. Okt. Im Klepper-Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags wurde einstimmig der nationalsozialistische Antrag angenommen, an einem noch zu bestimmenden Termin den Reichskanzler von Papen und andere hohe Funktionäre des Reiches als Zeugen über die Beteiligung der Preußenkasse an der „Germania" und die grundsätzliche Frage einer Beteiligung der öffentlichen Hand an Zeitungsunternehmungen zu vernehmen. Wahrscheinlich wird die Vernehmung von Papens am Donnerstag dieser Woche erfolgen.

*

Otto Klepper — Höpker-Aschoff — Hirtsiefer

Im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages wurden gegen diese ehemaligen preußischen Minister zum Teil schwere Vorwürfe wegen ihrer Geschäftsführung erhoben und mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten beschlossen, das vorhandene Material der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Abbau der Riesengehälter

Als im Sommer vorigen Jahres im Zusammenhang mit dem Bankenzusammenbruch das Reich sich an fast allen Großbanken beteiligen mußte, sprach man die Erwartung aus, daß diese unfreiwillig übernommenen Bankinteressen möglichst bald wieder aufgehoben würden. Es ist ja nicht Aufgabe des Staates, direkt in die Privatwirtschaft einzugreifen, da hiermit selbstverständlich die Uebernahme von Risiken verbunden ist, die der Staat als solcher möglichst vermeiden muß. Die angekündigte große Reorganisation des deutschen Bankwesens ist bis jetzt in den Anfängen stecken geblieben. Mehr und mehr hat man sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die Vorgänge vom Sommer des vorigen Jahres durch eine Verquickung unglückseliger Umstände veranlaßt wurden, ohne daß man von einer direkten Schuld der deutschen Bankleitungen sprechen kann. Wenn ein Gewerbe eineinhalb Jahrzehnte hindurch ununterbrochen in der Ausübung seiner Funktionen durch wirtschaftliche Gesetze, durch politische Erschwerungen und durch den Zusammenbruch eines ganzen Wirtschaftssystems gestört wird, kann man sich nicht darüber wundern, wenn es selbst einmal außer Funktion tritt. Der scheinbare privatkapitalistische Zusammenbruch grenzte, noch dazu bei der Stellung, die die deutschen Banken in der Privatwirtschaft einnehmen, nahe an den Staatsbankerott.

Durch rigoroses Eingreifen ist es gelungen, die talwärts rollende Lawine aufzuhalten und durch genügende Gegenwehr ihre zerstörende Macht zu unterhöhlen. Ein Fundament in der neuen Entwicklung bietet nach wie vor die Stützung durch das Reich, ohne daß es direkt nötig wäre, daß das Reich in den überaus komplizierten Wirtschaftsapparat eingreift.

Trotzdem kann man es dem Reich nicht verdenken, wenn es auf die Führung der Banken, an denen es bis zu einem hohen Prozentsatz beteiligt ist, Einfluß nehmen will. Dies geschieht im geheimen zum Teil auf dem Wege der Kreditbewilligungen und Kreditverweigerungen, offiziell jedoch in ganz anderen Bahnen.

Zeitweilig schien es so, als habe die Reichsregierung die Absicht, in der Gestalt einer noch zu bestimmenden Persönlichkeit eine Art Oberkontrolleur einzusetzen. Die dahingehenden Pläne sind an dem Widerstand des Inlandes, aber auch des Auslandes gescheitert. An ihrer Stelle soll es nun zu einem anderen Eingriff kommen, und zwar wird, wie der Reichskanzler v. Papen nun schon mehrfach angekündigt hat, mit den Sparmaßnahmen an jenen Stellen der vom Reich kontrollierten Banken beginnen, die trotz ihrer Führerschaft freiwillig nicht dazu zu bewegen waren, auf einen Teil ihrer ungewöhnlich hohen Bezüge zu verzichten.

Es handelt sich um die höchsten führenden Persönlichkeiten der Banken, die Großbankdirektoren, die nach wie vor riesige Gehälter beziehen, obwohl ihre Unternehmen zum Teil mit Verlust gearbeitet haben. Die Gehälter der Großbankdirektoren bewegen sich zwischen 120 000 und 200 000 RM. jährlich, das heißt zwischen einem Monatseinkommen zwischen 10 000 RM. und 18 000 RM. Es ist selbstverständlich, daß diese Posten bei der tatsächlich eingetretenen Geschäftsschrumpfung und bei dem sinkenden Verdienst heute auch im Etat der Großbanken eine bedeutende Rolle spielen und daß kräftige Abstriche in den hohen Gehältern die Bankenrentabilität verbessern würden. Die armen Herren Großbankdirektoren beziehen nämlich nicht allein ihre 120 000 bis 200 000 RM. Jahreseinkommen, sondern dazu kommen die Beträge, die sie auf Grund ihrer Aufsichtsratsstellen erhalten. Auch hier handelt es sich um sehr beträchtliche Summen, selbst wenn man berücksichtigt, daß auch in Fragen der Tantieme ein erheblicher Wandel eingetreten ist. Die Zahl der Aufsichtsratsstellen wurde neuerdings auf 20 beschränkt. Früher ist es vorgekommen, daß einzelne Personen auf über 100 Aufsichtsratsstellen kamen. Damit war nicht allein die Möglichkeit verbunden, den Aufgaben gerecht zu werden, die man als Aufsichtsrat zu erfüllen hat, sondern neben der „anstrengenden" Tätigkeit bezog man sehr schöne Nebeneinnahmen aus den Aufsichtsratsstellen. Heute sind diese geringer, weil die Mehrzahl aller Betriebe mit Verlust arbeitet und demzufolge auch den Aufsichtsräten keine Tantieme ausschüttet. Immerhin haben einige Höchstbezahlte noch immer eine Nebeneinnahme pro Jahr von über 100 000 RM. allein aus ihren Aufsichtsratsstellen.

Es ist richtig, daß die Gehälter der Großbankdirektoren schon mehrfach herabgesetzt worden sind. Aber wenn man die Schwere der Zeit, in der wir uns befinden, berücksichtigt, wird die Mehrzahl aller Deutschen wohl hinter Papen stehen, in der Ansicht, daß die Herren Wirtschaftsführer trotz einer erheblichen Gehaltskürzung noch sehr gut existieren können

Forum Mussolini

Das dritte Rom wird ausgebaut

In den letzten Oktobertagen wird Rom den zehnten Gedenktag des faschistischen Einmarsches in die ewige Stadt durch große Feierlichkeiten begehen. Mussolini, in dessen Zeichen die letzten zehn Jahre römischer Geschichte standen, machte es sich von vornherein zur vornehmsten Aufgabe, an die Tradition der römischen Cäsaren anzuknüpfen und die Hauptstadt des modernen Italien zu einem politischen und kulturellen Weltzentrum umzugestalten. Das vom Duce geprägte Schlagwort vom „dritten Rom", das seit Jahr und Tag in gewisser Umschreibung auch in nördlicheren Breiten in ähnlichem Sinne gebraucht wird, war geeignet, diese glorreiche Tradition des alten Rom zu beleben. Das erste römische Reich, das im Mittelalter vom „zweiten Rom" der Päpste abgelöst wurde, soll in unseren Tagen einem neuen römischen Imperium Platz machen, dem „dritten Rom" Mussolinis.

In den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung, als Rom den unbestrittenen Rang einer Weltmetropole besaß, bemühten sich die Cäsaren, der weltumfassenden Bedeutung der Kapitale durch gewaltige Bauten, imposante Denkmäler, herrliche Basiliken und Triumphbogen Ausdruck zu verleihen. Das Herz des alten Rom, das Forum Romanum, das in den Zeiten der Republik als Markt, als Stätte der Rechtspflege und der Volksversammlungen galt, wurde unter der Cäsarenherrschaft prunkvoll ausgebaut. An diesen Platz knüpfen sich Sagen aus der Frühzeit der ewigen Stadt. Dort soll das Grab des Romulus, des Begründers Roms, gelegen haben. Zu dem Forum Romanum mit seinen zahlreichen Baudenkmälern kam in der Kaiserzeit eine Reihe von weiteren Foren hinzu, von Hallen umgebende Plätze mit einem Tempel in der Mitte oder am Seitengang. Das erste begann Julius Cäsar zu bauen, daran schloß sich das Augustus-Forum mit dem Tempel des kriegerischen Mars. Auch der vom Kaiser Vespasian errichtete Friedenstempel erhob sich auf einer forum-ähnlichen Anlage. Unter diesen Foren war das großartigste das Forum Trajani. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde das Forum Romanum vom Schutt und Staub der Jahrhunderte teilweise befreit. Die Kaiser-Foren konnten gleichfalls zum Teil ausgegraben werden, ihre völlige Freilegung wurde jedoch erst nach dem Regierungsantritt Mussolinis in Angriff genommen. Der vom Duce persönlich unter Heranziehung bekanntester Geschichtsforscher und Architekten entworfene 15jährige Regulierungsplan der Hauptstadt, der sogenannte „Plan Regolatore", hatte zum Ziele, das „erste Rom" der Cäsaren, das „zweite Rom" der Päpste und das „dritte neuzeitliche Rom" zu einer neuen Einheit zu verschmelzen, in der sich der alte und der neue Glanz die Waage halten sollen.

Der **15-Jahresplan des Duce** sieht vor, daß Rom nach Ablauf dieser Periode zu einer Weltstadt von zwei Millionen Einwohnern wird, zu einem modernen Großstadtzentrum und gleichzeitig zu einer wiedererwachten steinernen und marmornen Erinnerung aus der Zeit der großen Ahnen. Während der Feierlichkeiten des zehnten Jubiläumstages der faschistischen Umwälzung soll ein neues Forum eingeweiht werden, **das Forum Mussolini.** Auf diesem Forum erheben sich weder Basiliken noch Triumphbogen. Im Einklang mit der neuen Zeit soll das Forum Mussolini dem Sport geweiht werden. Am Eingang zu einem gewaltigen Stadion erhebt sich die im prachtvollen weißen Carrara-Marmor schimmernde Anlage. Rund herum stehen riesige Marmorstatuen in klassizistischem Stil. Ein Marmor-Obelisk aus einem einzigen Stück edelsten Carrara-Marmors gehauen, mit dem Sockel zusammen 31 Meter hoch, soll der Umwelt den neuen Glanz des wiedererwachten römischen Reiches verkünden.

Der Wahlkampf am Dienstag

T.U. **Berlin,** 19. Okt. Am Dienstag abend sprach Dr. Hugenberg in Emden. Er betonte u. a.: Die Auffassung, die Kontingentierung müsse zu einer Preiserhöhung führen, sei irrig. Die Maßnahme der Kontingentierung bringe vielmehr die Interessen der städtischen Verbraucher und der ländlichen Erzeuger miteinander in Einklang. Aufgabe der Kontingentierung sei es, wenn sie richtig gehandhabt werde, durch Bemessung eines Einfuhrkontingents einen Ausgleich für Angebot und Nachfrage im Auslande herzustellen. — Der ehemalige preußische Minister des Innern Severing sprach in drei sozialdemokratischen Versammlungen in Fürth. Er hob u. a. hervor, daß er gegen seine und Brauns Absetzung am 20. Juli mit vollem Bewußtsein keinen gewaltsamen Widerstand eingesetzt habe, denn die Stunde einer erfolgversprechenden Auseinandersetzung mit den Feinden der Republik und der Arbeiterklasse sei noch nicht angebrochen. — In einer großen Wahlkundgebung der N.S.D.A.P. in Köln sprach der Führer der Landtagsfraktion, Kube. Er kam u. a. auch auf die Tätigkeit des Klepper-Untersuchungsausschusses zu sprechen und betonte, daß nach seiner Meinung nicht nur die Klepper-Vorfälle dort behandelt werden dürften, sondern daß auch gewisse Raiffeisen-Geschichten einer eingehenden Verhandlung unterzogen werden müßten. Man werde darüber hinaus demnächst im Preußischen Landtag den Antrag stellen, die gesamte Ausgabengebahrung der Osthilfe, soweit Preußen in Betracht komme, zum Gegenstand einer Untersuchung des gleichen Ausschusses zu machen.

Englische Zollverhandlungen mit Dänemark, Norwegen und Schweden

T.U. **London,** 18. Okt. Die englische Regierung hat, wie amtlich mitgeteilt wurde, die Regierungen von Dänemark, Norwegen und Schweden zur Eröffnung von Zollbesprechungen in London eingeladen. Alle drei Staaten, die bereits vor einiger Zeit mit dem Wunsch nach neuen Zollvereinbarungen an England herangetreten waren, haben die Einladungen angenommen.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß zurzeit Zollverhandlungen mit Argentinien im Gange sind.

Englisches Dementi der Nachrichten über einen Schlaganfall Gandhis

T.U. **London,** 18. Okt. Die im „Daily Herald" erschienene Meldung, daß Gandhi einen Schlaganfall erlitten habe und daß sein Zustand bedenklich sei, ist britischen Meldungen zufolge von Beamten des Yeravda-Gefängnisses in Puna, in dem sich Gandhi befindet, dementiert worden. Sie erklärten, daß Gandhi sich guter Gesundheit erfreue.

Tierschutz-Reichstagung

Vor kurzem hielt der Reichsverband der deutschen Tierschutzvereine in Gotha seine 21. Verbandsversammlung ab. Einige Ergebnisse der gründlichen Beratungen haben allgemeines Interesse. Es soll bei den Reichs- und den Länderregierungen beantragt werden, daß alle Schlachttiere vor dem Blutentzug betäubt werden müssen. Die Betäubungsmethoden sollen von der Regierung vorgeschrieben werden. Für die Landschlachtungen soll der Schußbolzenapparat (ein Schuß kommt auf 5,5 Pfg.) vorgeschrieben werden. Zu dem Transport der Tiere durch Auto sollen überall ähnliche Bestimmungen erlassen werden wie vor kurzem in Württemberg. Die glatten Asphaltstraßen, die oft für Pferde, Auto und Menschen gleich gefährlich sind, sollen aufgerauht werden. In den Tiergärten sollen die Schlangen usw. nicht mehr in Gegenwart von Zuschauern mit lebenden Tieren gefüttert werden. Die Prüfung von Jagdhunden durch Abwürgenlassen von Katzen, wie sie immer mehr sich ausbreitet — frühere Prüfungsvorschriften kannten diese Prüfungsmethode nicht — soll verboten werden. Da das Gesetz heute mehr die Tierschinder als die Tiere schützt und gar nicht abzusehen ist, wie lange es noch bis zur Verabschiedung des neuen Strafgesetzbuches dauert, soll zum Schutze der Tiere ein eigenes kurzes Gesetz erlassen werden, wie dies in vielen benachbarten Staaten geschehen ist. An der internationalen Tierschutzarbeit soll sich der Reichsverband mehr als bisher beteiligen. Dem Reichsverband der deutschen Tierschutzvereine sind von den über 300 deutschen Tierschutzvereinen die Mehrzahl angeschlossen.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

46)

Neben der Hingesunkenen Platz nehmend, ergriff er ihre Hände, suchte nach Worten und fand keine. Nur soviel empfand er, daß die Neigung dieses treuen Geschöpfes vielleicht ebenso groß und mächtig war, wie die alle Begriffe in den Schatten stellende Triglav-Nordwand.

Im tiefsten Innern wünschte sich Toni Geislinger jetzt den Tod. Noch vor der Antwort Kerkhoffs, wie sie auch ausfallen mochte! Ja, so weit war es mit der ehemals so leichtsinnigen Toni innerhalb weniger Wochen gekommen. Sie, die vor kurzem noch bedenkenlos einem Rainer Vidor vertraute, glaubte jetzt versinken zu müssen vor Scham, weil sie sich Eberhard Kerkhoff entdeckte!

Der fand angesichts der Bergesmajestät die rechten Worte, sprach mit einer Beherrschtheit und Gewandtheit, die er sich im Moment selber nicht zugetraut hätte. Zuerst zart und einfühlend, dann aufklärend und beschwichtigend.

Auf diese Weise erfuhr Toni, was sie zum Teil ahnte, zum Teil schon gewußt hatte: Daß sie zu spät kam, daß ihr eine andere den Rang streitig gemacht hatte! Und diese andere hieß Ursula Josephy . . .

Hand in Hand saßen die beiden Menschen im Grün der Matten, wie vom Himmel gefallen, der sich in einem durchsichtigen, dunklen Blau über ihnen spannte. Und merkwürdigerweise wurde Toni ruhiger, je weiter der Mann neben ihr in seinen Ausführungen kam, je mehr sich ihr die Aussichtslosigkeit ihrer törichten Liebe enthüllte. Vielleicht rührte das daher, daß Kerkhoff gegen sich und sein Geheimnis genau so rücksichtslos war, wie sie, als sie sich ihm offenbarte. Die Waage stand auf gleich und gleich, man brauchte sich nicht voreinander zu schämen.

„In Salet flackerte der Wille zum Besitz in mir auf," gestand Kerkhoff unverblümt, „in Salzburg bei der ersten Begegnung mit Vidor jedoch sah ich ein, daß ich mich rein äußerlich mit diesem hübschen Bengel nicht vergleichen konnte. Ich sargte meine Wünsche ein. Ursula rückte für mich in weite, unerreichbare Fernen. Ohne große innere Kämpfe wußte ich mich zu bescheiden."

Toni hob den Kopf. Ihr schönes, pfirsichfarbenes Gesicht trug einen herben, strengen Ausdruck zur Schau, als sie einwarf: „Und doch haben Sie Vidor die Geliebte abspenstig gemacht!"

Dieser Vorwurf verletzte den Erzähler nicht. Er konnte ihn sogleich entkräften.

„Das stimmt nicht, liebe Toni! Ich nahm den Kampf mit Vidor erst auf, als ich sah, daß seine inneren Qualitäten gleich Null waren. Aber das allein hätte mich nicht zu dem Schritt bewogen, wenn ich nicht aus Ursulas eigenem Munde gehört hätte, daß ihr Vidor nichts bedeutete. Sie hatten ein Jahr lang eine oberflächliche Freundschaft gepflegt. Von einer tiefer gehenden Neigung zwischen den beiden konnte keine Rede sein."

Toni ertrug die Wahrheit viel tapferer, als nach dem Vorangegangenen vorauszusehen war. Seite an Seite wanderten sie weiter, versöhnt und beruhigt. Man hätte sie in ihrer achtungsvollen Vertraulichkeit für ein Geschwisterpaar halten können. Allerdings: Wie es in Tonis Innerem aussah, erfuhr niemand — —

Als sie wieder einmal Rückschau hielten, sagte das Mädel, mit gestrecktem Arm auf die Nordwand weisend: „Und ich behaupte trotzdem: Es ist der blanke Selbstmord!"

Kerkhoff hörte es. Schweigend wandte er sich ab. Drei Stunden später traf Andreas Stadler ein, der Führer für den nächsten und evtl. übernächsten Tag, falls sie in der Wand zum Biwakieren gezwungen wurden. Die Männer hockten zusammen und hatten allerhand zu besprechen für die große Klettertour. Dann legte man sich zeitig auf die Matrazen.

*

Wenn Frauen um Liebe weinen . . . In dieser Nacht gab es gleich zwei: Toni Geislinger und ihre ebenso unglückliche Rivalin Ursula Josephy. Beide sahen sich verschmäht von ein und demselben Mann. Beide zeigten sich neugierigen und forschenden Blicken am Tage heiter und unbefangen, nachts aber erstickten sie ihr Leid in den Kissen. Jeder von ihnen fehlte der Geißbub, der bittend mahnte: „Mußt nit weinen!"

Toni hatte sogar einen ruchlosen Gedanken, den sie im Dunkel der Nacht ernsthaft erwog, wie ja überhaupt die Finsternis verwegenen Phantasien günstig ist: Sie nahm sich vor, die „andere" aus dem Felde zu schlagen wie Kerkhoff seinen Rivalen Vidor beiseite schob!

Dieser Plan war so übel nicht und hatte allerhand für sich. Wenn eine Frau von den Qualitäten Toni Geislingers ihren Willen energisch dafür einsetzte und alle Frauenlist darauf verwandte, hätte Kerkhoff zumindest einen schweren Stand gehabt, nochzumal während dieser verwirkten Tage, die unter das Kapitel „Mißverständnisse" fielen.

Aber wie so vieles, was nachts gesponnen wird und den Glanz der Sonne nicht aushält, so auch das Vorhaben Tonis. Sie war einsichtsvoll genug, ihr Beginnen selber zu verurteilen.

Nein, nein, diese Geschichte mußte aus sein, ein für allemal! Eine mit Verrat belastete Liebe wird kaum jemals von Dauer sein. In den Ereignissen der jüngsten Zeit war die junge Münchnerin gereift, sie verfügte nun nicht mehr über genug Leichtherzigkeit, um sich kopfüber in solche Abenteuer zu stürzen.

Als sie erwachte, hatten die beiden Bergsteiger längst die Hütte verlassen. Die Sonne schien bereits durch das Fenster. Toni beeilte sich mit dem Ankleiden. Es trieb sie das Bratatat hinauf. Sie hatte nur einen Schluck kalten Tee zu sich genommen. Etwas Gebäck trug sie noch von Villach her im Rucksack.

Zuweilen blieb sie stehen. Dann entnahm sie ihrer Manteltasche wieder und wieder den Zettel, den sie heute morgen neben dem Teekessel fand, las die lakonische Notiz Kerkhoffs, die sie längst auswendig kannte:

Erwarten Sie mich hier. Unter Umständen können zwei Tage vergehen. Beten Sie um gutes Wetter!

Ihr E. Kerkhoff.

„Zwei Tage? Ach, du lieber, böser Mann, ein halbes Jahr warte ich auf dich, wenn es sein muß!" lachte sie.

Hier in der Felswildnis durfte sie ihn mit hundert Kosenamen belegen, den Treulosen, den sie liebte mit flatterndem Herzen.

Die Wand!

Wie ein furchtbar drohendes Ungetüm wuchs sie steil und finster in den Himmel, mit ihren riesenhaften Ausmaßen alles Leben im Tal beherrschend und erdrückend. Nach oben schien sie ohne Uebergang in die Unendlichkeit zu münden.

Toni erschrak. Da war wieder die wilde Schlucht, die schon gestern ihr Grauen erweckt hatte.

Als sie dann am Einstieg in die Plattenwand stand, brauchte sie eine ganze Weile, bis sie sich soweit beherrschte, daß sie wieder einigermaßen logisch zu denken vermochte. Als Münchner Kind und als Vertraute des Bergfreundes Kerkhoff war sie gewiß an manche haarsträubende Felsgeherei gewöhnt, im Roß- und Buchsteingebiet hatte sie sich selbst mit Erfolg versucht (und die Roßstein-Nadel verlangte schon den Einsatz der ganzen Persönlichkeit!), aber noch nie — nicht einmal im Kaisergebirge — war sie von einer Mauer entsetzt bis zur Hilflosigkeit.

Dazu bedurfte es der Triglav-Nordwand!

„Mein Gott, heißt es nicht, dich versuchen, wenn man da einsteigt?" fragte sie sich, die Hände wie schützend an den Kopf legend. Wenn Kerkhoff jetzt bei ihr gewesen wäre, hätte er sie sicher verlacht: „Dummes Hascherl, wer hier heraufklettert, gelangt in die unmittelbare Nähe Gottes! Und zwar auf dem geradesten und kürzesten Wege. Dem Alltagselend zu entfliehen, Gottes Nähe erschauernd in seiner großartigen Natur zu spüren, ist doch wohl der höchste und beste Lohn für den Bergsteiger . . ."

Allerdings, diese Wand bedurfte harter und härtester Arbeit! Sie konnte nur unter Einsatz des Lebens genommen werden. Sie war nichts für Flaumacher und schwächliche Zweifler. An sie mußte man sich in einem verbissenen Fanatismus und Willen zum Sieg wagen. Dafür war auch der Gewinn unvergleichlich.

Das wußten die beiden Männer am besten, die nun schon zwei Stunden schwerste Felskletterei hinter sich gebracht und doch erst einen winzigen Bruchteil der Höhe bezwungen hatten.

(Fortsetzung folgt.)